

Pressemitteilung / Statement der Plattform Zivile Konfliktbearbeitung
Berlin, 6. Juli 2026

Regierungsentwurf zum Bundeshaushalt 2027: Mehr Krisen, weniger Friedensförderung - Bundesregierung setzt Kürzungskurs fort

Mit dem vorgelegten Regierungsentwurf für den Bundeshaushalt 2027 setzt die Bundesregierung ihren Kürzungskurs bei der zivilen Krisenprävention und Friedensförderung fort. Gleichzeitig erreicht die Zahl der Gewaltkonflikte weltweit einen Höchststand.

„Mit diesen Kürzungen wird Deutschlands zivile Friedensinfrastruktur weiter ausgehöhlt. Wer zivile Krisenprävention und Friedensförderung schwächt, spart nicht an Projekten. Er spart an Sicherheit, Stabilität und der Fähigkeit, Gewaltkonflikte frühzeitig zu verhindern“, erklärt Ginger Schmitz, Geschäftsführerin der Plattform Zivile Konfliktbearbeitung.

Besonders drastisch fällt der Einschnitt im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) aus. Der Gesamtetat des BMZ soll gegenüber 2026 um **5,8 Prozent** sinken. Fast die Hälfte dieser Kürzungen entfällt auf den Titel **„Krisenbewältigung und Wiederaufbau, Infrastruktur“**, dessen Mittel auf **434,9 Mio. Euro** reduziert werden. Damit stehen für diesen Bereich nur noch knapp ein Drittel der Mittel zur Verfügung, die 2023 noch bereitgestellt wurden. Das entspricht einem Rückgang um rund zwei Drittel innerhalb von nur vier Jahren.

Auch im Auswärtigen Amt setzt sich der Abwärtstrend fort. Der Titel **„Krisenprävention, Stabilisierung und Friedensförderung sowie Klima- und Sicherheitspolitik“** sinkt gegenüber 2026 auf **328,2 Mio. Euro**. Gleichzeitig wird der Gesamthaushalt des Auswärtigen Amts um 1,1 Prozent reduziert.

Darüber hinaus sieht der Regierungsentwurf Kürzungen beim **Zivilen Friedensdienst (ZFD)** vor. Seine Förderung soll von **65 Mio. Euro** im Jahr 2026 auf **62 Mio. Euro** im Jahr 2027 sinken.

„Die Bundesregierung erklärt Frieden zum politischen Ziel und kürzt gleichzeitig genau die Instrumente, mit denen Frieden geschaffen werden kann. Dieser Widerspruch zieht sich durch den gesamten Haushaltsentwurf“, so Schmitz.

Die Auswirkungen dieser Kürzungen bleiben nicht abstrakt. Sie treffen die konkrete Friedensarbeit vor Ort: lokale Partnerorganisationen, Mediator:innen, Dialog- und Versöhnungsprozesse sowie den langfristigen Aufbau tragfähiger staatlicher und gesellschaftlicher Strukturen. Wo finanzielle Unterstützung wegbricht, geraten über Jahre aufgebaute Beziehungen und gewachsenes Vertrauen unter Druck. Projekte müssen verkleinert oder eingestellt werden, Handlungsspielräume schwinden und Deutschland verliert für viele seiner Partnerorganisationen an Verlässlichkeit, gerade in einer Zeit, in der langfristige Zusammenarbeit wichtiger ist denn je.

Besonders widersprüchlich erscheinen die Kürzungen vor dem Hintergrund des Reformplans des BMZ. Frieden und Stabilität werden dort als zentrale Ziele deutscher Entwicklungszusammenarbeit hervorgehoben. Gleichzeitig betont das Ministerium die Bedeutung langfristiger Partnerschaften mit der Zivilgesellschaft und eines vernetzten Engagements in Krisen- und Konfliktregionen. Der

Haushaltsentwurf geht jedoch in die entgegengesetzte Richtung und entzieht diesen politischen Zielen zunehmend die finanzielle Grundlage.

„Ausgerechnet der Zivile Friedensdienst wird gekürzt, obwohl Deutschland sein Engagement in Krisenregionen wie Syrien ausbauen und gleichzeitig die Rolle der Zivilgesellschaft stärken will. Symbolischer könnte der Widerspruch zwischen Anspruch und Wirklichkeit kaum sein“, stellt Schmitz fest. „Der Zivile Friedensdienst gehört zu den wirksamsten Instrumenten deutscher Friedensförderung. Er ermöglicht lokalen Friedensakteur:innen, Konflikte zu bearbeiten, Dialog zu fördern und Gewalt vorzubeugen. Wer hier kürzt, schwächt genau die Menschen und Strukturen, die Frieden langfristig ermöglichen.“

Die Plattform Zivile Konfliktbearbeitung appelliert an die Abgeordneten des Deutschen Bundestages, den Regierungsentwurf im parlamentarischen Verfahren grundlegend nachzubessern. Die vorgesehenen Kürzungen müssen zurückgenommen und die Mittel für zivile Krisenprävention, Friedensförderung und den Zivilen Friedensdienst gestärkt werden.

„Frieden entsteht nicht erst am Verhandlungstisch. Er entsteht dort, wo Menschen Konflikte gewaltfrei bearbeiten, Vertrauen aufbauen und gesellschaftlichen Zusammenhalt stärken. Genau diese Arbeit wird mit dem vorliegenden Haushaltsentwurf geschwächt“, betont Schmitz. „Wer Frieden als strategisches Ziel formuliert, muss auch bereit sein, dauerhaft in Friedensförderung zu investieren. Andernfalls wächst die Lücke zwischen politischem Anspruch und tatsächlichem Regierungshandeln, mit spürbaren Folgen für die Menschen in Konfliktregionen und für Deutschlands Glaubwürdigkeit als verlässlicher Partner.“

Kontakt für Rückfragen:

Plattform Zivile Konfliktbearbeitung
Großbeerenstr. 13a, 10963 Berlin
E-Mail: kontakt@pzkb.de
www.pzkb.de